

9

Im Lage zu TOP 6)

# STADT AHRENSBURG

## PRESSEINFORMATION



PARTNERSTÄDTE  
ESPLUGUES / SPANIEN  
FELDKIRCHEN / ÖSTERREICH  
LUDWIGSLUST  
VILJANDI / ESTLAND

Internet: [www.ahrensburg.de](http://www.ahrensburg.de)  
E-Mail: [rathaus@ahrensburg.de](mailto:rathaus@ahrensburg.de)

Postanschrift: Die Bürgermeisterin · 22923 Ahrensburg

Auskunft erteilt	Frau Reuter
Telefon	0 41 02/ 77-150
E-Mail	<a href="mailto:Birgit.Reuter@Ahrensburg.de">Birgit.Reuter@Ahrensburg.de</a>
Datum	14. Dezember 2009

### Ermittlungen bei E.ON Hanse

Im Rahmen der Ermittlungen bei E.ON Hanse wurde der Verdacht der Bestechlichkeit neben anderen Städten auch gegen die Stadt Ahrensburg geäußert. Hintergrund ist Folgendes:

Der Rechtsvorgänger des Stromversorgungskonzerns E.ON Hanse, die Schleswag, verhandelte 1996/ 1997 mit der Stadt Ahrensburg über die Stromversorgung im Stadtgebiet. Das Stromnetz war im Eigentum der Schleswag. Die Stadt stellte zeitgleich Überlegungen an, das Stromnetz zu erwerben und Stadtwerke zu gründen. Nach umfangreichen Beratungen der Gremien und gutachterlichen Stellungnahmen - insbesondere des Freiburger Öko-Institutes - hat sich die Mehrheit der Stadtverordneten aus wirtschaftlichen Gründen gegen die Gründung eigener Stadtwerke entschieden. Deshalb wurde ein Konsortialvertrag beschlossen, in dem die zukünftige Zusammenarbeit mit der Schleswag geregelt wurde und die Stromversorgung Ahrensburg GmbH gegründet wurde. Ziel dieser Gründung war, den Bürgern Strom zu einem günstigen Strompreis zur Verfügung zu stellen mit der Folge, dass durch die Stromversorgung Ahrensburg GmbH die Ahrensburger Bürger tatsächlich 0,01 Cent weniger als nach E.ON-Tarifen zahlen. Einhergehend mit dem Konsortialvertrag wurde ein Energiebeirat mit der Schleswag bzw. E.ON Hanse gegründet mit dem Ziel der Förderung von Energiesparmaßnahmen in Ahrensburg. Weiter wurde auch die Gründung einer gemeinsamen Betriebsgesellschaft Ahrensburg GmbH für das badlantic vereinbart.

Jeder dieser Verträge war Gegenstand von politischen umfangreichen Entscheidungen. Die Stadt sollte damit insgesamt ein Teil der Vorteile für sich und ihre Bürger bekommen, die eigene Stadtwerke hätten erwirtschaften können.

Im Jahr 2003 hatte Ahrensburg die Option, in die Stromversorgung Ahrensburg GmbH als Mitgesellschafter einzutreten. Im Einvernehmen mit der Politik wurde auf die Option des Beitrittes verzichtet. Im Gegenzug hat sich die Stadt diesen Verzicht, in die Gesellschaft einzutreten, vergüten lassen. Die Vergütung ist in den Stadthaushalt eingeflossen und zum Teil zur Senkung des badlantic-Defizits verwendet worden.

Sämtliche Entscheidungen sind im Rahmen von Stadtverordnetenbeschlüssen und in einem transparenten Verfahren getroffen worden. Kein Mitarbeiter und kein Politiker der Stadt hatten einen persönlichen Vorteil. Die Bürgermeisterin geht davon aus, dass bei Einleitung der Ermittlungen die Staatsanwaltschaft über den Vorgang nicht umfassend informiert war und sehr zeitnah bestätigen wird, dass seitens der Stadt Ahrensburg keine Strafgesetze verletzt worden sind.